

Hol mir mal Bier aus dem Kühlschrank!

Erwiderung auf den „Fridays“-kritischen Leserbrief „Die Überbevölkerung wird nicht thematisiert“, Leserforum vom 10.10.

Seid fruchtbar und mehret Euch

Greenpeace hat vor über 30 Jahren den Begriff der Ökobilanz entwickelt. Heute will man uns weismachen, Elektroautos würden das Klimaproblem lösen – getreu dem alten Motto: Bei uns kommt der Strom aus der Steckdose –, und verkauft Wegwerfroller als alternatives Verkehrsmittel. Die Batterien nimmt ja schließlich der Händler zurück.

Die Ökobilanz der Freitagsdemonstrationen wäre sicher nicht uninteressant. Ich bin da schon zweieinhalb Stunden im innerstädtischen Stau gestanden. Und zu den Demonstrationen kann auch nicht jede mit einer Milliardärsyacht angesegelt kommen.

Die persönliche Ökobilanz derjenigen, die heute ihre Großväter als Klimaverbrecher darstellen, sollte man auch mal mit der der Altvorderen vergleichen. Die hatten Radios, die 70 Jahre lang funktionierten, und Fernseher, die 30 Jahre hielten. Die waren aber auch von Grundig und wurden nicht sozial- und klimaverträglich wie die heutigen Tablets, Smartphones, Computer etc. von China hierher transportiert.

Anders als der Club of Rome vor nunmehr fast 50 Jahren redet heute niemand mehr über die Überbevölkerung. Das ist natürlich auch schwierig in einem Land, in dem man der Bevölkerung einzureden versucht, wenn sie fruchtbar sei und sich mehre,

könne man damit die Sozialversicherungen retten – Niedriglöhne hin oder her. Wenn sich während einer Generation die Weltbevölkerung von drei auf zehn Milliarden vermehrt, dann kann man weder mit ökologisch fragwürdigen Energiesparlampen noch mit leistungsreduzierten Staubsaugern dagegen anstinken.

Die Verlogenheit schreibt sich nicht nur, aber doch grün. Wie wäre es künftig mit ernsthaften Öko-, aber auch Sozialbilanzen?

Roswitha Hoyer, Hamburg

Mein Plastik, mein SUV, meine Bratwurst!

Ich bin das Getröte der Klimawandelignoranten mittlerweile bis zur Oberkante leid. Insgesamt ist es bemerkenswert, mit wie wenig sachlicher Argumentation sie versuchen, ihren bisherigen desaströsen Lebensstil zu erhalten und ungestört fortsetzen zu können: Mein Plastik, mein SUV, meine Bratwurst! Da wird gehetzt, diffamiert, gelogen, mit kontaminiertem Dreck geschmissen und gern auch mal unter dem Gejohle anstandsbefreiter Gewaltphantasten eine 16-Jährige symbolisch aufgehängt.

Die Alten sind beleidigt! Sie haben Deutschland wieder aufgebaut (nachdem es durch deutsche Schuld zerstört wurde) und ihren Nachkommen eine wahre Wunderwelt geschenkt, in der sich jede/r alles leisten kann: Urlaub, teure Markenklamotten,

Wegwerfware, jedes denkbare Lebensmittel, Bankkonto, Internet, Smartphone, die Überzeugung, der Nabel der Welt zu sein... Schließlich sollten sie es mal „besser“ haben als die Alten. Wirtschaftlich gesehen. Und jetzt fordert die undankbare Brut von der Geber-Generation auch noch die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage ein! Das geht zu weit!

„Wenn es den Jugendlichen ernst wäre, würden sie sich zuerst selbst ein Handy-Verbot auferlegen, nie wieder den elterlichen SUV besteigen, vegan leben, eigene substantielle Beiträge zur CO₂-Reduzierung abliefern, auf Urlaubsreisen verzichten und vor allem der Schulpflicht nachkommen“. Und dem Alten Bier aus dem Kühlschrank holen? Wie billig ist das? Alles, was jetzt für ihre „Glaubwürdigkeit“ gefordert wird, haben die Erwachsenen den Kindern beigebracht! Nein, die Jungen müssen gar nichts! Schon gar nicht den verschlafenen Alten, die seit fast 50 Jahren die Klimabedrohung konsequent ignorieren, mit gutem Beispiel vorangehen! Die Jungen haben alles Recht dieser Welt, von den Alten die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage zu fordern! Eine andere Welt kann ihnen nämlich niemand zur Verfügung stellen! Ich setze meine Hoffnung auf die Jungen. Die verknöcherten Alten meiner eigenen Generation habe ich abgeschrieben. Brigitta Kliem, Iserlohn

Diskussion: frblog.de/kuehlschrank

Strukturkrise des Rechtsstaats

Rechter Terror: „Stephan B. bestellte Waffenteile im Darknet“, FR-Politik vom 17.10.

In dem Stream, den der Attentäter von Halle quasi als Bekenner schreiben im Internet hinterließ, leugnet er den Holocaust. Damit ist er nicht allein. Denn im Netz präsentiert sich vor aller Augen und Ohren eine gewaltbereite rechtsextremistische Szene, die auf Anonymität kaum Wert legt und offensichtlich keine Angst vor Strafverfolgung hat. Besonders bekannt sind Kreise um die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, den mittlerweile verstorbenen Holocaust-Leugner Ernst Zündel oder den Verein „Gedächtnisstätte“ im Landkreis Sömmerda (Thüringen). Ganz zu schweigen von diversen Neonazi-Organisationen.

Teile der deutschen Justiz scheinen davon entweder noch nichts gehört oder völlig falsche Schlüsse gezogen zu haben. Dieses Verhalten erinnert an den Umgang mit den Morden der Terrororganisation NSU, speziell durch die Verfassungsschutzbehörden. Der frühere Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, ist mittlerweile Fachanwalt in einer Kölner Kanzlei, die dafür bekannt ist, Mandatschaften von rechten Gruppen zu übernehmen. Es scheint zusammenzuwachsen, was zusammengehört.

Im September 2017 sandte mir ein in der Rhein-Main-Region bekannter Rechtsradikaler einen Droh- und Hassbrief, einen von mittlerweile 38 innerhalb von drei Jahren. Unter der Über-

schrift „Holocaust Auschwitz“ befindet sich die Kopie eines jener typischen Artikel, die man in den Publikationen der NS-Anhängerschaft findet. So über die angebliche tatsächliche Zahl der Opfer („nur“ 1,5 Millionen) und die vermeintlichen Hauptgründe für deren Tod (Erschießungen, Epidemien wie Typhus). Der anonym auftretende, aber bekannte Verbreiter dieser Relativierungen und Leugnungen fügte seinem Pamphlet handschriftlich hinzu: „OLG FFM 2017. Die Negation des Holoc. in Privatbriefen ist keine strafbare Volksverhetzung, da es nicht Öffentlichkeit ist!“

Auf meinen Strafantrag vom September 2017 wegen des Verdachts der Volksverhetzung (Leugnung der NS-Gewaltverbrechen) habe ich bis heute keine Nachricht erhalten. Weder über die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens noch über dessen Einstellung. In einem parallelen Verfahren wurde der Täter wegen Beleidigung in zwei Fällen im Juni 2018 vom Amtsgericht Frankfurt zu einer Geldstrafe verurteilt.

Vor diesem Hintergrund bewerte ich sowohl den Mordanschlag in Halle als auch den an Regierungspräsident Walter Lübcke sowie andere Attentate mit ähnlichen Motivlagen als voraussehbare Folgen einer tiefgreifenden Strukturkrise des Rechtsstaats.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/halle